

# Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2025

## Familien für Inklusion Bielefeld – Fragen an die Parteien

Die Familien für Inklusion Bielefeld setzen sich seit Jahren für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung und deren Familien ein. Trotz der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 haben sich die Bedingungen in Bielefeld nur unzureichend verbessert. Viele Familien erleben weiterhin Ausgrenzung und Barrieren in Schule, Betreuung, Freizeit und Beruf und in der Freizeitgestaltung-auch erwachsener Kinder.

Mit diesen Wahlprüfsteinen wollen wir von den Parteien erfahren, wie sie die Situation nach der Kommunalwahl gestalten möchten, um inklusive Teilhabe zu fördern und echte Wahlmöglichkeiten für betroffene Familien zu schaffen.

Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen möglichst konkret.

### WP1 – Betreuung und Beruf: Familien mit behinderten Kindern entlasten

In Bielefeld fehlen verlässliche inklusive Betreuungsangebote nach der Schule und insbesondere während der Ferien für Kinder mit Behinderung. Dies führt dazu, dass viele qualifizierte Eltern ihre Erwerbstätigkeit einschränken oder aufgeben müssen, was nicht nur die Familien belastet, sondern auch dem Arbeitsmarkt wertvolle Fachkräfte entzieht. Ab 2026 gilt ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung – auch für Kinder mit Behinderung. Die inklusive Umsetzung und finanzielle Zugänglichkeit sind jedoch unklar.

#### 1. Möchte Ihre Partei sich für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 für Kinder mit Behinderung einsetzen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie plant Ihre Partei, dies insbesondere an Förderschulen mit den Schwerpunkten Geistige Entwicklung und Körperliche und motorische Entwicklung in Bielefeld umzusetzen?

Antwort: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stockt in Bielefeld in vielen Bereichen, besonders auch im Bereich der Ganztagsbetreuung.

So gibt es zwar die Möglichkeit bei Kindern, die eine Förderschule besuchen, den Ganztag im Anschluss an der wohnortnahen Schule zu besuchen, jedoch führt dies nicht nur zu höherer Logistik und Zeitverlust, die von der Spielzeit und Freizeit abgeht, sondern auch zu

einer doppelten Eingewöhnung und einer „Sonderstellung“ an der wohnortnahen OGS. Für manche Eltern kommt so auch ein noch größerer Abstimmungsbedarf ins Spiel.

Wir wünschen uns für die Familien eine Wahlfreiheit wo sie die Ganztagsbetreuung in Anspruch nehmen und erwarten dafür seitens der Stadt die sachgerechte Ausstattung der jeweiligen Örtlichkeit, sei es Förderschule oder wohnortnahe Schule. Die Bedürfnisse sind wie die Förderschwerpunkte individuell, eine Lösung, in die sich alle einfügen müssen, sollte es dabei nicht geben.

---

**2. Möchte Ihre Partei berufstätige Eltern mit behinderten Kindern unterstützen, damit diese Beruf und Betreuung besser vereinbaren können?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind hierfür vorgesehen?

Antwort: Eine entsprechende Betreuung und Abdeckung von Ferienzeiten, sowie beweglichen Ferientagen im schulischen Kontext kann dabei ebenso helfen, wie die Vermittlung von qualifizierten, familiären Hilfen im Randstundenbereich von Betreuungseinrichtungen (Kita und Schule).

---

**3. Möchte Ihre Partei verlässliche Ferienbetreuungsangebote für Kinder mit Behinderung schaffen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie sollen diese Angebote zeitlich und örtlich gestaltet sein, um den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht zu werden?

Antwort: Zwar gibt es bereits Ferienangebote für Kinder mit Beeinträchtigungen, jedoch sind diese eher selten inklusiv und schon gar nicht überall vorhanden. Wir möchten mit den Trägern der Ferienangebote ins Gespräch kommen und dort auf die UN-BRK hinweisen und mit Unterstützung des Sozialdezernats dafür sorgen, dass die Angebote künftig flächendeckend vorhanden sind.

---

**4. Möchte Ihre Partei sicherstellen, dass die Kosten für Ferien- und Betreuungsangebote familiengerecht sind und keine Diskriminierung stattfindet?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll dies umgesetzt werden?

Antwort: Dies sollte unabhängig von einer Beeinträchtigung sein und ist für uns ein Thema für alle Familien in der Stadt. Die bisherige Vorgehensweise mit der Einkommensstaffelung bei Elternbeiträgen halten wir für ein geeignetes Instrument.

---

## **5. Möchte Ihre Partei die Finanzierung der inklusiven Betreuungsangebote übernehmen bzw. sicherstellen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Rolle sollen Stadt, Land und freie Träger dabei spielen?

Antwort: Eine Partei selbst kann die Finanzierung nicht übernehmen, sich aber dafür einsetzen, dass die Finanzierung gewährleistet und langfristig gesichert wird. Ohne Land und Bund, eventuell auch EU-Mittel wird es dabei nicht gehen, über den Deutschen Städtebund werden wir uns dafür einsetzen, dass wir das Thema auf die Agenda setzen.

Durch entsprechende politische Beschlüsse in den zuständigen Gremien (Sozial- und Gesundheitsausschuss, Rat) werden wir die Finanzierung dann auch grundlegend sicherstellen. Inklusion darf nicht vom (klammen) Geldbeutel der Kommunen abhängen.

---

## **WP2 – Schulplätze sichern: Recht auf passende Bildung umsetzen**

In Bielefeld fehlen rund 160 Plätze an Förderschulen, insbesondere mit Schwerpunkt geistige Entwicklung. Viele Kinder werden gegen den Elternwillen in Regelschulen eingeschult, was oft negative Folgen für die Kinder und Familien hat. Das in § 19 Abs. 9 Schulgesetz NRW vorgesehene gesetzliche Recht auf einen Schulplatz bis zum 25. Lebensjahr wird nicht erfüllt. Das geplante Schulzentrum am Seidensticker-Gelände bietet Chancen für neue inklusive Konzepte.

## **1. Möchte Ihre Partei den Mangel an Förderschulplätzen beheben und dem Elternwillen gerecht werden?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie will Ihre Partei dies umsetzen?

Antwort: Bereits seit 2018 zeichnet sich der Mangel an Plätzen ab, das war auch dem Schuldezernat und den regierenden Parteien bekannt. Gehandelt wurde jedoch nicht. Für viele Familien zeichnet sich ab, dass die Beschulung an einer Förderschule für die Kinder und Jugendlichen bedarfsorientierter stattfindet als an einer Regelschule, die ihrem Anspruch nicht gerecht wird, aus welchen Gründen auch immer.

Campuslösungen mit Förder- und Regelschulen auf einer Fläche können Barrieren abbauen und die Durchlässigkeit ins „Regelsystem“ ermöglichen.

## **2. Möchte Ihre Partei im neuen Schulzentrum am Seidensticker-Gelände eine Förderschule mit Schwerpunkt geistige Entwicklung etablieren?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Konzepte plant Ihre Partei für inklusives Lernen dort?

Antwort: siehe zum Teil Antwort zu Frage 1. Gerne ermöglichen wir diesen Förderschwerpunkt, da der Bedarf bereits nachgewiesen ist, jedoch überlassen wir die konzeptuelle Planung den Fachleuten, die täglich mit inklusivem Lernen zu tun haben. Dazu gehören für uns auch die Eltern, die ihre Kinder dort perspektivisch hinschicken werden.

## **3. Möchte Ihre Partei den gesetzlichen Schulanspruch bis zum 25. Lebensjahr real umsetzbar machen, unabhängig von der Schulträgerschaft?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll dies geschehen?

Antwort: Ein gesetzlicher Anspruch ist nicht da um ignoriert zu werden, sondern realisiert zu werden. Wenn sich Träger finden, die diesen Anspruch auch inhaltlich umsetzen können, dann soll die Stadt ihr Möglichstes tun um diese auch zu unterstützen.

### **WP3 – Teilhabe nach der Schulzeit: Freizeit gestalten, Zukunft sichern**

Junge Erwachsene mit geistigen oder körperlichen Einschränkungen haben oft keine passenden Freizeitangebote. Der Übergang von Schule in den Beruf gestaltet sich schwierig, inklusive Wege sind selten.

**1. Möchte Ihre Partei Freizeit- und Bewegungsangebote für erwachsene Menschen mit Behinderung inklusiv ausbauen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind dafür vorgesehen?

Antwort: Sport im Park und andere (kostenfreie) Angebote sollten auch inklusiv ausgerichtet sein. Der Beirat für Behindertenfragen könnte dabei eine gute Vermittlungsposition einnehmen.

**2. Möchte Ihre Partei begleitete Freizeitgestaltung auch abends und an Wochenenden ermöglichen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll das konkret aussehen?

Antwort: Sofern ein Bedarf festgestellt und formuliert wurde, unterstützen wir die Vorschläge gerne. An der Stelle erwarten wir Ergebnisse aus der Verwaltung oder entsprechenden Interessensverbänden und möchten ohne, dass wir betroffen sind, ungerne vorschreiben was es zu geben haben muss.

**3. Möchte Ihre Partei verlässliche Notfall-Betreuungsangebote im ambulant betreuten Wohnen bereitstellen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Schritte sind dafür geplant?

Antwort: Gerade das Bielefelder Modell ist eine Erfolgsgeschichte für unsere Stadt. Wohnen mit Versorgungssicherheit kann uns alle betreffen. Umso ärgerlicher ist es, dass die Nachtwachen mittlerweile nur noch dezentral angeboten werden können. Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht werden.

**4. Möchte Ihre Partei inklusive Übergänge von Schule in Ausbildung oder Beruf fördern und Alternativen zur Werkstatt ausbauen?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll die Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur, Integrationsfachdiensten und Betrieben verbessert werden?

Antwort: Die Werkstätten sind nur für eine Gruppe das Mittel der Wahl, wichtiger ist die Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt. Die beteiligten Institutionen sollten sich auf kurz- und langfristige Ziele mit konkreten Zahlen einigen, die dann auch erreicht werden sollen. Zielvorgaben sind gerade in Ausbildung und Beruf bereits bewährt.

## WP4 – Kurzzeitpflege, Tagespflege und Wohnangebote für Menschen mit Behinderung

Das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen und barrierefreiem Wohnraum ist in Bielefeld unzureichend. Das erschwert Familien Auszeiten und selbstbestimmtes Leben.

### 1. Möchte Ihre Partei das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen ausbauen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll dies geschehen?

Antwort: Die Nachfrage und der Bedarf sind höher als das Angebot. Eine trägerübergreifende Kooperation könnte dafür sorgen, dass freie Plätze besser vermittelt werden können. Gegebenenfalls böte sich auch eine trägerübergreifende Einrichtung an, dies muss im Einzelfall geprüft werden.

### 2. Möchte Ihre Partei ein Angebot für Tagespflege auch für jüngere Menschen mit Behinderungen ausbauen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll dies geschehen?

Antwort: Gerade jüngere Menschen haben Probleme sich in Tagespflegegruppen einzufinden, bei denen die Besucher:innen überwiegend ältere Menschen sind. Die Interessen zur Tagesgestaltung weichen durchaus voneinander ab. Je nach Größe der Einrichtungen und dem Bedarf könnten einzelne Gruppen in „Junge Gruppen“ umgebaut werden, gerne auch nicht nur bei einem Träger, sondern mehreren.

### 3. Möchte Ihre Partei barrierefreies und bezahlbares Wohnen für Menschen mit Behinderung verbessern?

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Maßnahmen sind geplant?

Antwort: Bezahlbares Wohnen ist nicht nur für Menschen mit Beeinträchtigungen relevant, sondern für viele andere Menschen in dieser Stadt auch. Wir brauchen dringend mehr kommunale Wohnungen (Beispiel Wien), sowie Genossenschaften und weniger profitorientierte Investoren. Die Wohnungsbauförderungsquote ist in Bielefeld im Landesvergleich hoch, jedoch kann auch die Stadt keinen Einfluss auf die Baukosten nehmen, zugleich ist die verfügbare Fläche einer Stadt begrenzt und es gibt zurecht Konflikte zur Nutzung, da wir auch Landwirtschaft und grüne Flächen benötigen.

### 4. Möchte Ihre Partei ambulante Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderung fördern, um Verbleib in der eigenen Wohnung zu ermöglichen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie soll das umgesetzt werden?

Antwort: „Ambulant vor stationär“ sollte gerade auch in diesem Kontext gelten. Die entsprechenden Dienste von Bethel.ambulant und anderen Trägern befinden sich bereits in Abstimmung mit dem Büro für integrierte Sozialplanung des Sozialdezernats. Sollte es von der Seite aus Vorschläge geben, wie die Situation verbessert werden kann, werden wir uns nicht dagegen sperren, diese dann auch mitzutragen.

### 5. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden bei Wohn- und Pflegeangeboten stärken?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Nur durch einen gegenseitigen Austausch können die jeweiligen Bedarfe erfragt und politisch vertreten bzw. umgesetzt werden. Der regelmäßig stattfindende Pflegegipfel bietet dafür bereits gute Austauschmöglichkeiten, aber auch die „Wertschätzertour“, an der wir von der Bürgernähe regelmäßig teilnehmen, hilft aktuelle Bedürfnisse zu erfahren.

## WP5 – Frühkindliche Förderung für Kinder mit Behinderung

Frühkindliche Förderung ist entscheidend, doch in Bielefeld sind die Angebote begrenzt und nicht immer inklusiv.

### 1. Möchte Ihre Partei den Ausbau und die inklusive Gestaltung frühkindlicher Förderangebote vorantreiben?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Erhöhung der personellen und somit auch finanziellen Ausstattung der Fachstellen.

### 2. Möchte Ihre Partei Wartezeiten für Frühförderung verkürzen und Familien frühzeitig unterstützen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Erhöhung der personellen und somit auch finanziellen Ausstattung der Fachstellen.

### 3. Möchte Ihre Partei ausreichend Fachpersonal für Frühförderung sicherstellen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Schritte sind geplant?

Antwort: siehe Frage 1 und 2 zum selben Fragekomplex  
:)

## WP6 – Soziale Teilhabe junger Erwachsener: Freizeitangebote

Freizeitangebote für junge Erwachsene mit Behinderung sind oft eingeschränkt, was soziale Isolation begünstigt.



### 1. Möchte Ihre Partei inklusive Freizeitangebote für junge Erwachsene ausbauen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Bedarfe über das Büro für integrierte Sozialplanung und den Beirat für Behindertenfragen ermitteln lassen und dann politisch beschließen, so dass es möglichst schnell in die Umsetzung kommt.

### 2. Möchte Ihre Partei die Finanzierung und Infrastruktur solcher Freizeitangebote sichern?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Auch hier sehen wir wieder die Notwendigkeit von Stadt, Land (insb. LWL), Bund, aber auch öffentlicher Förderung wie beispielsweise Aktion Mensch. So könnte Bielefeld auch Modellstadt und Impulsgeber für andere Kommunen werden.

### 3. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Vereinen und Selbsthilfegruppen fördern?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Ohne Vereine und Selbsthilfegruppe kann das Büro für integrierte Sozialplanung im Sozialdezernat der Stadt gar keine nachhaltigen Ideen entwickeln. Ein regelmäßiger Austausch, auch mit Unterstützung des Beirats für Behindertenfragen sollte das Ziel sein.

## WP7 – Berufsfindung und inklusive Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Menschen mit Behinderung haben oft keine realistischen Chancen auf inklusive Ausbildung und Arbeit in Betrieben.

### 1. Möchte Ihre Partei den Ausbau inklusiver Ausbildungsplätze fördern?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Angedockt an „Das kommt aus Bielefeld“ könnte mit Hilfe der WEGE mbH ein „Best practice“ als Kampagne in Bielefeld an die Unternehmen kommuniziert werden. Beispiele wo Inklusion funktioniert hat, generell funktioniert, neu eingerichtet worden ist. Dabei ist Ehrlichkeit wichtig: Was waren die Herausforderungen, wer konnte unterstützen, was muss möglich gemacht werden?

### 2. Möchte Ihre Partei Arbeitgeber für inklusive Beschäftigung gewinnen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Welche Strategien sind vorgesehen?

Antwort: Könnte über die Maßnahmen aus Frage 1 mit abgedeckt werden.

### 3. Möchte Ihre Partei die Zusammenarbeit mit Arbeitsagentur und Integrationsfachdiensten verbessern?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: siehe Antwort aus WP3 Frage 4, ohne regelmäßigen Austausch und Festlegung von Zielen wird es nicht gehen.

## WP8 – Wohnen und Arbeiten

Barrierefreies Wohnen und Arbeiten sind Grundvoraussetzungen für Teilhabe, doch es bestehen Defizite.

### 1. Möchte Ihre Partei barrierefreie und bezahlbare Wohnformen ausbauen?

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: siehe WP 4 Frage 3:

Bezahlbares Wohnen ist nicht nur für Menschen mit Beeinträchtigungen relevant, sondern für viele andere Menschen in dieser Stadt auch.

Wir brauchen dringend mehr kommunale Wohnungen (Beispiel Wien), sowie Genossenschaften und weniger profitorientierte Investoren. Die Wohnungsbauförderungsquote ist in Bielefeld im Landesvergleich hoch, jedoch kann auch die Stadt keinen Einfluss auf die Baukosten nehmen, zugleich ist die verfügbare Fläche einer Stadt begrenzt und es gibt zurecht Konflikte zur Nutzung, da wir auch Landwirtschaft und grüne Flächen benötigen.

---

## **2. Möchte Ihre Partei inklusive Arbeitsplätze und berufliche Teilhabe fördern?**

Ja  Nein

- Wenn ja: Wie?

Antwort: Die Antwort aus WP 7 Frage 1 trifft nicht nur auf Ausbildungsplätze, sondern auch hier zu: Angedockt an „Das kommt aus Bielefeld“ könnte mit Hilfe der WEGE mbH ein „Best practice“ als Kampagne in Bielefeld an die Unternehmen kommuniziert werden. Beispiele wo Inklusion funktioniert hat, generell funktioniert, neu eingerichtet worden ist. Dabei ist Ehrlichkeit wichtig: Was waren die Herausforderungen, wer konnte unterstützen, was muss möglich gemacht werden?

---